

Aus Bund und Ländern

## Viele Krankenhäuser sind pleite

DÜSSELDORF. Eine wachsende Zahl von Krankenhäusern, insbesondere kommunale, stehen vor dem Bankrott und werden privaten Trägergruppen oft zum Verkauf angeboten. Grund für diese Entwicklung ist nach Darstellung des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Krankenhaus (AKD), Professor Hans-Werner Müller, die zumeist nicht mehr ausreichende Deckung der Selbstkosten durch die Pflegesätze. Nach der Hochrechnung der Krankenhausträger sei inzwischen ein „Investitionsstau“ in Höhe von rund 13 Millionen DM angelaufen.

Müller meint, eine „Maximalversorgung“ der Patienten sei heute nicht mehr bezahlbar. Zu lange habe man im Gesundheitswesen über die Verhältnisse gelebt. Doch seien Schuldzuweisungen, insbesondere ausschließlich und massiv an Ärzte und Krankenhäuser, ebenso unberechtigt wie nutzlos. Es könne nicht übersehen werden, daß im „Laufe der Reformeuphorie der sich als Sozialmäzen verstehende Verteilerstaat nichts unterließ, um den Erwartungshorizont und die Anspruchsinflation der versicherten Bürger mit bequemer Sorgfalt zu pflegen“.

Besonders kostentreibend sei die Behandlung von Erkrankungen infolge von Umweltbelastungen und persönlichem Fehlverhalten. So sei die Zahl behandlungsbedürftiger Alkoholiker von 200 000 (1955) auf 1,6 Millionen – also um 800 Prozent – gestiegen. Die Zahl der Todesfälle durch Leberschrumpfung stieg im sel-

ben Zeitraum um 180 Prozent. Während 1961 noch jedes vierte Krankenhausbett von einem Rentner belegt wurde, war es 1980 bereits jedes zweite bundesdeutsche Krankenhausbett. Die Zahl der Krankenhaussfälle der Rentner stieg in den letzten zehn Jahren um fast 90 Prozent.

Als besonders folgekostenträchtig bezeichnete Krankenhaussprecher Prof. Müller den aufwendigen Großgerätepark und die modernen technisch-medizinischen Geräte. HC

## Erdbebenhilfe für Krankenhäuser in Chile

BONN. Im März erschütterte ein sehr schweres Erdbeben weite Teile Chiles, insbesondere die bevölkerungsreichen Provinzen Santiago und Valparaiso. Wohnhäuser, Fabriken und Hafenanlagen wurden ebenso zerstört wie acht Krankenhäuser. Beschädigt und zerstört wurden insbesondere medizinische Geräte der OP. Die leitenden Ärzte bitten um rasche Geld- und Sachspenden, um die ärgste Not zu lindern. Dringend benötigt werden: EKG-Monitor Typ Hellige SMV 103, Bildwandler Typ Philips/Siemens für Knochenchirurgie, Dampfsterilisator für OP-Wäsche. Alle Spenden nimmt das DRK Bonn gegen Bescheinigung entgegen. Alle Geräte können nur angenommen werden, wenn deren Tauglichkeit testiert ist. Auch hierfür stellt das DRK Spendenbescheinigungen aus. Geldspenden bitte auf das Konto Nr. 41 41 41 bei allen Banken und Sparkassen sowie Postgiro Köln und Saarbrücken, Stichwort „Erdbebenhilfe Chile“. EB



Das ehemalige Alice-Krankenhaus des Deutschen Roten Kreuzes in Mainz wurde Ende April – umgebaut und erweitert – als Modellklinik für Schmerztherapie und Schmerzforschung eröffnet (zu dem Bericht auf dieser Seite) Foto: prs

## Schmerz-Zentrum voll belegt

MAINZ. Der Neubau des „Schmerz-Zentrum Mainz“, einer Klinik zur Behandlung chronisch Schmerzkranker, ist nach mehr als vierjähriger Bauzeit seinen Bestimmungen übergeben worden. Staatssekretär Dr. Klaus Töpfer vom rheinland-pfälzischen Sozialministerium bezeichnete die Einrichtung als einen „mutigen Schritt in medizinisches Neuland“.

Die Gesamtkosten des vom DRK getragenen und vom Bund und Land geförderten Zentrums bezifferte

der Staatssekretär auf 11,6 Millionen DM. Die Patienten kämen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Zahl der stationär behandelten Patienten sei seit dem Start der Klinik 1981 von 725 auf fast 1100 im vergangenen Jahr gestiegen, die Zahl der ambulant behandelten Patienten von 1500 auf 2500. Die Bettenzahl wurde bis Anfang April dieses Jahres auf 80 gesteigert. Die durchschnittliche Verweildauer liegt derzeit bei 16 Tagen. Die Belegungsquote beträgt fast 100 Prozent. EB

## Private Krankenversicherung erwartet Befreiungsrecht

KÖLN. Um das – inzwischen erfolgte – fristgerechte Inkrafttreten des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ zum 1. Mai 1985 nicht zu gefährden, hat die Regierungskoalition darauf verzichtet, in das Gesetz auch ein Befreiungsrecht für privatversicherte Teilzeitbeschäftigte aufzunehmen. Der Verband der privaten Krankenversicherung geht aufgrund der Ausschlußberatungen und der Erklärungen der Koalitionssprecher Horst Seehofer MdB und Dieter Julius Cronen-

berg MdB in der Bundestagsdebatte davon aus, daß eine dementsprechende Gesetzesinitiative baldmöglichst nachgeholt wird.

Es geht darum, langjährig privat Krankenversicherten, die in eine Teilzeitbeschäftigung überwechseln möchten, die Möglichkeit einzuräumen, sich von der dann eintretenden Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung befreien lassen zu können. Erst vor wenigen Tagen hat der Marburger Bund darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Versicherungspflicht für privat krankenversicherte Assistenzärztinnen, die wegen der „Ärztenschwemme“ zur Teilzeittätigkeit tendieren, als Barriere erweist. WZ